Warum DIE LINKE wählen?

Bayern ist ein schönes und ein reiches Land. Aber auch die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen boomenden und zurückbleibenden Regionen, Ausgrenzung und Diskriminierung sind Realität in Bayern.

Mit dieser Kluft wachsen die Ungleichheit der Lebenschancen und die soziale Ungerechtigkeit. Die Politik hat die Aufgabe, auch gegen die Marktgesetze diese Kluft zu verringern und für einen Ausgleich zu sorgen, sowohl zwischen Reich und Arm als auch für einen Ausgleich der Lebensbedingungen zwischen den Regionen. Das hat Verfassungsrang.

Aber die schwarz-gelbe Staatsregierung hat das nicht erreicht, denn sie ist weiterhin in einer neoliberalen Marktgläubigkeit gefangen. Und die im Landtag vertretene Opposition hat in diese Richtung nichts bewirkt. Im Gegenteil: Auf der Bundesebene haben SPD und Grüne mit der Agenda 2010-Politik unter Kanzler Schröder einen ganz entscheidenden Anteil an der Verbreiterung dieser sozialen Kluft.

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft und will Ungleichheit in allen Lebensbereichen bekämpfen. Die guten Normen der Bayerischen Landesverfassung geben uns dabei Orientierung.

Zu den wichtigsten Feldern der Landespolitik gehört die Bildung. Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern. Dem setzt **DIE LINKE** die Forderung nach Bildung für alle und nach einer Schule für alle entgegen: Bildungsprivilegien, Gebühren für den Besuch von Bildungseinrichtungen und soziale Selektion sind von vorgestern. Inklusion, kleinere Klassen, mehr und besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer und Gebührenfreiheit von Bildung sind das Gebot der Stunde.

Die Regional- und Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist einseitig auf die Ballungsräume und deren „Weltmarktbedeutung“ ausgerichtet. Der Versuch, über die Landesbank zum Finanzplatz für den Alpen- und Adriaraum zu werden, hat Milliarden verschlungen und ist gescheitert. Die Weltmetropole „Greater Munich“ ist ein Wahngebilde geblieben. Es bleibt die Notwendigkeit, Bayern und seine Regionen im Gleichgewicht zu halten und an einem guten Verhältnis zu den Nachbarn zu arbeiten. **DIE LINKE** will gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Hierzu ist nicht nur die Verteilung von Fördermitteln zu überprüfen und zu korrigieren. Es geht auch darum, bornierte Politik aufzugeben: So darf das Verhältnis zur Tschechischen Republik nicht länger aus dem Denken eines „Schirmherrn der Sudetendeutschen“ heraus bestimmt werden. Das schafft neue Grenzzäune statt Verbindungsräume und bremst Entwicklungschancen in diesen Regionen. Durch die „Förderung“ der Ballungsräume wurde dort die Wohnungsnot befördert und die Mieten in die Höhe getrieben, während in den Randgebieten Arbeitsplätze fehlen und Wohnraum leer

steht. Neben einer ausgleichenden Strukturpolitik brauchen wir Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Luxussanierungen müssen eingeschränkt und Mieten verbindlich begrenzt werden. Wir wollen verhindern, dass öffentlicher Wohnungsbestand privatisiert wird – wie bei der GBW-AG geschehen.

Für **DIE LINKE** sind Ökologie, Natur- und Umweltschutz unverzichtbarer Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Hierzu zählen eine Energiewende in Richtung erneuerbarer Energie, der Ausstieg aus oder der Verzicht auf Hochrisikotechnologien (Atomenergie, Fracking, CCS-Verpressung), der Verzicht auf unsinnige und naturzerstörende Verkehrsprojekte und die drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Wir stehen für eine Energiewende, die nicht mit höheren Gebühren auf Kosten der Nutzerinnen und Nutzer erkauft wird, sondern die demokratisch und sozial ist. In der die Produktion öffentlich und kommunal organisiert und die Preise sozial gestaffelt sind. Die Versorgung mit Strom und Wasser ist ein Grundrecht.

Die Innenpolitik der Bayerischen Staatsregierung steht in der Tradition von Obrigkeitsstaat und Repression und nicht in der demokratischen Tradition der Räterepublik: Dies zeigt sich darin, dass Bürgerinnen und Bürger gegängelt und bespitzelt werden, demokratische Rechte wie der Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, einer repressiven Drogenpolitik, einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik und einer bornierten Gleichsetzung von rechts und links, die neonazistische Organisationen und Aktionen systematisch verharmlost und soziales und antifaschistisches Engagement diffamiert. Stattdessen müssen demokratische Rechte gestärkt und zivilgesellschaftliches Engagement ermutigt werden.

Die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeheimen in Bayern ist für Ärztinnen und Ärzte und besonders für das Pflegepersonal unzumutbar. Dies führt zu Zuständen, die für Patientinnen und Patienten gesundheits- oder gar lebensbedrohlich sind. Jedes dritte Krankenhaus schreibt rote Zahlen. Viele Einrichtungen reagieren auf den Kostendruck mit Personalabbau und Arbeitsverdichtung. Der Freistaat finanziert die Investition in und Planung von Krankenhäusern nicht ausreichend, obwohl er dazu verpflichtet wäre. Die Folgen sind weiterer Kostendruck, Outsourcing von Servicebereichen, Schließungen und Verkauf an private Klinikkonzerne. Das gefährdet auf Dauer die Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum. Hier muss im Land und in den Regierungsbezirken energisch umgesteuert werden. Die Krankenhausfinanzierung nach Fallpauschalen muss auf den Prüfstand. Die Einführung von Fallpauschalen in psychiatrischen Einrichtungen ist falsch und muss rückgängig gemacht werden.

Die in Bayern nötigen Veränderungen werden sich nicht aus den Parteien heraus ergeben, die sich in unrealistischen und veralteten Strategien festgefahren haben. Sie werden im Dialog und in der Zusammenarbeit mit den politischen und sozialen Bewegungen entstehen. Informationsrechte und Rechte auf unmittelbare

demokratische Mitwirkung sind dabei machtvolle Hebel, politische Veränderungen herbeizuführen.

Die Linke ist in der Bundespolitik, in den Gemeinden und den Bezirkstagen Bayerns ein zuverlässiger Partner für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Frieden einsetzen. Wir werden das auch in der Landespolitik sein.

Mit DER LINKEN für eine andere Politik in Bayern!

Eine andere Politik ist finanzierbar

Wir werden immer wieder gefragt, wie unsere Politik zu finanzieren ist. Seit nunmehr 30 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und GRÜNEN dieselbe Politik: Nehmt es von den geringen und mittleren Einkommen und schont die Reichen! Bei der Effektivbesteuerung nimmt Deutschland einen der hinteren Ränge in der EU ein.

Das führt dazu, dass bei den 10 Prozent mit dem höchsten Einkommen privater Reichtum in enormer Menge angehäuft wird und auf der anderen Seite öffentliche Armut zunimmt – vor allem in den Kommunen. Aber nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Die Armen sind auf eine handlungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das per Saldo zu 180 Mrd. Euro Mehreinnahmen führen würde (http://www.linksfraktion.de/folder/steuergerechtigkeit-noetig-moeglich/). Die wesentlichen Elemente sind:

- Die Vermögensteuer wird in Form der Millionärssteuer wieder eingeführt.
- Die Erbschaftssteuer wird reformiert und effektiv erhoben.
- Steuergeschenke für Unternehmen werden zurückgenommen. Wichtigste Maßnahme ist die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes von heute 15 auf 25 Prozent.
- Die Gemeindewirtschaftsteuer ersetzt die bisherige Gewerbesteuer. Durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, unter anderem durch Einbeziehung der Selbständigen, kann sie bis zu 14 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Kommunen herbeiführen.
- Durch eine Finanztransaktionsteuer, eine Bankenabgabe nach US-amerikanischen Vorbild sowie einer Boni-Steuer werden die Verantwortlichen für die Krise in die Pflicht genommen.
- Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ist auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel, arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen sowie für den Schienenpersonenfernverkehr einzuführen. Demgegenüber ist der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie zurückzunehmen. Die Mindereinnahmen werden verringert durch die Einführung von Kerosin- und Schiffsbenzinsteuer.

- Insgesamt bleibt das Aufkommen aus der Einkommensteuer gleich. Allerdings wird die Steuerlast von unten nach oben verschoben: Wer weniger als 5850 Euro pro Monat zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr zu versteuern hat, wird belastet. Erreicht wird dies durch die Anhebung des Grundfreibetrags von 8004 auf 9300 Euro und die Begradigung des Tarifverlaufs. Im Gegenzug wird der Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 65 000 Euro wieder auf 53 Prozent angehoben.

Bayern hat die bundesweit geringste Zahl an Betriebsprüfungen – die Bayerische Staatsregierung nennt das sogar einen positiven Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Finanzbehörden könnten Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und verfolgt sowie intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken durchgeführt werden. Derzeit erbringt jede/r zusätzliche Betriebsprüfer/in ca. 1 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen.

Eine andere Politik ist finanzierbar!